

Politische Bildung auf der Sekundarstufe

Autor(en): **Mayer, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **65 (1978)**

Heft 16

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-532863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Bildung auf der Sekundarstufe

Beat Mayer

Vorbemerkung

In der Schweiz wurde der Unterricht in Politischer Bildung bisher verhältnismässig wenig diskutiert; er stand auch nicht im Brennpunkt (partei)politischer Auseinandersetzungen, wie das in der Bundesrepublik der Fall ist.

Der folgende Artikel möchte (bezogen auf die Sekundarstufe) einige Aspekte der Politischen Bildung in der Schweiz aufzeigen. Die Ausführungen sollen zur Diskussion anregen, mitunter auch Widerspruch hervorrufen – denn gerade Widerspruch kann eine sehr fruchtbare Art der Auseinandersetzung sein. Diese Aussagen sollen besonders auch zum Nachdenken über den eigenen Unterricht – in Geschichte, Staatskunde, Politische Bildung, Lebenskunde – führen.

Der vorliegende Artikel entstand als Gutachten im Auftrag des Fernsehens DRS (Redaktion Schulfernsehen) und wurde für die «schweizer schule» teilweise überarbeitet und gekürzt.

1. Die Notwendigkeit von Politischer Bildung

Für die Notwendigkeit von Politischer Bildung können viele Gründe angeführt werden. Wenn wir die neueste Geschichte betrachten, so können wir feststellen, dass der Ruf nach Politischer Bildung in der Schule vor allem aus einem starken Gefühl der *Unsicherheit gegenüber Macht und Demokratie* entstand, eine Unsicherheit, die nicht zuletzt eine Folge der politischen Situation während des Dritten Reiches war und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland manifest wurde. Der Bürger musste (und sollte) den Umgang mit dem Staat, mit der Macht, mit eigenen und fremden Interessen wieder neu lernen. Für uns Schweizer ergeben sich aber andere Ansatzpunkte für eine Begründung, nämlich die *aktuelle politische Situation* in unserer Demokratie. Im folgenden seien einige Gesichtspunkte und Probleme kurz umrissen:

– Wir erleben in den letzten Jahren insofern einen «Niedergang» unserer Demokratie,

als die Kurve der Beteiligung der Bürger an Abstimmungen und Wahlen langsam aber sicher sinkt. Mit Werten um 40 1/2 hat sie einen Punkt erreicht, wo sich viele fragen, ob die Demokratie eigentlich so noch funktionieren könne. Für die *Stimmabstinenz* werden (besonders von der Arbeiterschaft) die folgenden Gründe genannt:

zu komplizierte Vorlagen

unverständliche und zu umfangreiche Begleittexte

Verwirrung durch Massenmedien (hier steht dies, dort das Gegenteil)

ein Gefühl der Ohnmacht («als einzelner kann man hier nichts machen, die da oben machen schlussendlich doch was sie wollen»)

fehlende Vorbereitung durch die Schule und mangelnde Diskussionsmöglichkeiten in der Familie.

(vgl. CH-Sendung vom 13. 12. 1977)

– Kurzfristig geben sich die Massenmedien Mühe, den Bürger zu informieren und zu beeinflussen. Eine systematische und wirkungsvolle Sensibilisierung für politische Fragen fehlt aber weitgehend (jedenfalls, wenn man deren Erfolg an der Beteiligung an politischen Veranstaltungen und bei Wahlen und Abstimmungen misst).

– Zwischen der Regierung und dem Volk kann eine *wachsende Kluft* festgestellt werden: Der Bürger folgt nicht mehr den Empfehlungen seiner Staats-, Partei- und Gewerkschaftsführer. Das äussert sich insbesondere darin, dass die Stimmenden nicht mehr den (oft einstimmigen) Parolen der Politiker folgen.

– Ein weiterer Grund für Politische Bildung ist sicher auch der *Entwicklungsstand unserer Gesellschaft*, die durch hohe Komplexität, mangelnde Transparenz und eine relativ grosse Krisenanfälligkeit gekennzeichnet ist.

Diese Probleme weisen auf einen *Mangel* hin: Offensichtlich sind viele Menschen in unserem Staat nicht mehr fähig und bereit, sich an der Politik zu beteiligen. Die Befähigung zu demokratischem politischem Verhalten sollte deshalb die zentrale Zielset-

zung des politischen Unterrichts sein. Was demokratisches Verhalten bedeutet, ist zum Teil in der Bundesverfassung grundgelegt und kommt im neuen Verfassungsentwurf noch deutlicher zum Ausdruck.

Im Zusammenhang mit der oft gehörten Forderung nach einer harmonischen Ausbildung aller Kräfte in der Schule schliesslich kann der Platz der Politischen Bildung im Unterricht der obligatorischen Schulen angedeutet werden: Insbesondere im sozialen Bereich vermag Politische Bildung wesentliche Ziele abzudecken.

Die Zweckmässigkeit der Politischen Bildung steht und fällt aber mit deren Wirksamkeit: Kann eine systematische Unterweisung im Bereich der Politik dazu beitragen, dass die oben formulierten Probleme gelöst werden? Obwohl es schwierig ist, längerfristige Auswirkungen von Unterricht genau zu erfassen, geben doch Untersuchungen aus anderen Ländern zu Hoffnungen Anlass. Insbesondere konnte ein erhöhtes Mass an politischem Interesse sowie an Bereitschaft, sich an Entscheidungen zu beteiligen, nachgewiesen werden (nach Grosser 1977).

Noch einige Bemerkungen zum *Begriff* «Politische Bildung»: Selbstverständlich ist jede Bildung politisch, selbst diejenige, die sich selber als unpolitisch bezeichnet. Politische Bildung steht aber auch für einen bestimmten Bereich (oder, noch enger formuliert, für ein Schulfach) des Schul- und Bildungswesens. Dieser Bereich hat Zielsetzungen, Inhalte und Vermittlungsweisen (Methoden), die sich z. T. von denjenigen anderer Bereiche unterscheiden. Der Begriff «Politische Bildung» wird im folgenden in diesem engeren Sinn verwendet (deshalb «Politische Bildung» und nicht «politische Bildung») und ist eine Angelegenheit von besonderen schulischen bzw. erzieherischen Veranstaltungen. Somit wird deutlich, dass Politische Bildung auch nicht *nur* ein Unterrichtsprinzip ist, das auf beliebige Themen angewendet werden kann, sondern dass Politische Bildung eigene Fragestellungen und Themen behandeln soll. Eine befriedigende Begriffsbestimmung konnte nicht gefunden werden; der Begriff geht aber deutlich aus dem ganzen Text hervor. Politische Bildung wird häufig durch ähnliche Begriffe wie Sozialkunde, Gesellschaftslehre, Politik, Gemeinschaftskunde, Staatskunde u. ä. ersetzt.

Politische Bildung als eigenständiger Bildungsbereich ist eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie.

2. Der Interessen- und Entwicklungsstand der Jugendlichen

Eine wichtige Voraussetzung von Politischer Bildung ist sicher das Interesse der Lernenden an politischen Fragen. Sind 12- bis 16-jährige überhaupt an politischen Fragen interessiert oder ist dieses Interesse einer späteren Entwicklungsphase vorbehalten?

Bereits in der Vorpubertät können wir (nach Rahmeyer 1968, 24) ein Streben nach Gleichheit (Gerechtigkeit), Recht und Ordnung feststellen; man ist schnell bereit, Partei zu ergreifen, aber nicht für eine abstrakte Gerechtigkeit, sondern für eine konkrete Person in einer bestimmten Situation. Mit der Pubertät beginnt eine langandauernde Phase der kritischen Auseinandersetzung mit der Umgebung, die geprägt ist durch Interessengegensätze und Konflikte.

Aus entwicklungspsychologischer Sicht können wir in diesem Zusammenhang vor allem auf Untersuchungen von Piaget zurückgreifen, der die Entwicklung des moralischen Urteils beim Kinde erforschte. Danach sind Kinder im Sekundarschulalter bereits fähig, selbständig moralische Urteile abzugeben: «Die Fähigkeit zu einem differenzierten Urteil über Gerechtigkeit, bei dem auch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird, konnte Piaget schon bei manchen 10- bis 12jährigen nachweisen» (Grosser 1977, 91). Diese Forschungsergebnisse von Piaget wurden später in anderen Untersuchungen bestätigt und weiter ausdifferenziert (vgl. z. B. Rauh 1974, 220–225).

Bezüglich der *allgemeinen Interessenlage der Jugendlichen* konnte in einer empirischen Untersuchung (Urban 1976) festgestellt werden, dass das politische Interesse von Schülern des 7.–9. Schuljahres (in der BRD) mit Abstand den letzten Platz in der Rangliste einnimmt. Im einzelnen wurden die folgenden Werte festgestellt:

Sport	+ 51
Berufswahl/Berufsausbildung	+ 25

Erzählungen/Filme	+24
Fremdsprachen	+14
Geschichte	+12
Naturwissenschaft, Technik	+7
Kindererziehung/Haushaltführung	-3
Sexualkunde	-6
Wirtschaft	-31
Politik	-53

(Urban 1976, 108)

Dabei wurde einerseits gefragt, was besonders interessiere, andererseits, was wenig interessiere; eine negative Punktzahl bedeutete demnach, dass die negativen Antworten überwogen.

Eine weitere Untersuchungsfrage, die von Interesse sein dürfte, bezog sich auf die *Fernsehsendungen*, welche die Jugendlichen in letzter Zeit gesehen hätten:

«Ergebnis ist, dass sich bei den Fernsehgewohnheiten die persönlichen Interessenrichtungen der Schüler nur mittelbar durchsetzen. Zunächst hat dabei erwartungsgemäss die Kategorie «Filme» die höchste Priorität, dann ist die Kategorie «Sport» auf dem zweiten Rangplatz zu verzeichnen. Überraschend an dritter Stelle steht (vielleicht mangels anderer relevanter Kategorien) das Thema Politik: Gut ein Drittel der Schüler gibt an, in der letzten Zeit viele politische Sendungen gesehen zu haben. Von den betreffenden Befragten nennen immerhin gut vier Zehntel politische Magazinsendungen, die neben den aktuellen politischen Nachrichten einen wichtigen Stellenwert haben. Das Fernsehen scheint also eine wichtige Agentur der *manifesten* politischen Sozialisation zu sein, evtl. bedeutender als das Elternhaus und die Schule.» (ebd., 110)

Diese Ergebnisse lassen trotzdem auf ein bestimmtes Mass an politischem Interesse schliessen, doch ist zu vermuten, dass sich dieses Interesse einseitig auf gewisse Jugendliche konzentriert (vgl. dazu auch Abschnitt 3: Soziologische und soziokulturelle Bedingungen der Politischen Bildung). So zeigt die häufig zitierte Untersuchung von Jaide, dass sich die Jugendlichen etwa wie folgt auf verschiedene Kategorien¹ der politischen Interessiertheit verteilen:

Engagierte	10 %
Interessierte (wenig aktiv, aber aufgeschlossen)	34 %
Indifferente (dürftig entfaltetes Interesse)	40 %

Skeptische
(resignierend bis aggressiv) 7 %

Destruktive
(rabiät, extrem, utopisch) 1–3 %
(Rahmeyer 1968, 26–27)

Diese von Rahmeyer positiv interpretierten Zahlen können uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Interesse der Jugendlichen an «politisch gefärbten» Fächern verhältnismässig gering ist. So erstaunt nicht weiter, dass in der Untersuchung von Urban festgestellt werden konnte, dass sich Jugendliche weit weniger für Sozial- und Gemeinschaftskunde als für Mathematik/Naturwissenschaften, Sport und Fremdsprachen interessieren. Ebenso erachten die Schüler Deutsch, Fremdsprachen und Mathematik/Naturwissenschaften als für die Zukunft viel relevanter als etwa Arbeitslehre, Sozialkunde oder Gemeinschaftsunterricht (Urban 1976, 77–78).

Diese Untersuchung gibt auch Aufschluss über das Gesellschaftsbild der Jugendlichen (Frage der Machtverteilung), die Einstellung der Jugendlichen zur Schülermitbestimmung, ihr Demokratieverständnis, die politische Grundeinstellung, Konflikte in Schule und Elternhaus u. a.

- 1. Die Jugendlichen sind weniger an Politik als beispielsweise an Sport interessiert. Trotzdem werden verhältnismässig viele politische Sendungen am Fernsehen angeschaut.**
- 2. Die Schulfächer Mathematik und Fremdsprachen werden sowohl als interessanter wie auch für die Zukunft wichtiger erachtet als etwa Sozial- und Gemeinschaftskunde.**

3. Soziologische und soziokulturelle Bedingungen der Politischen Bildung

Neben diesen individuellen Bedingungen für Politische Bildung gilt es eine Reihe von gesellschaftlichen Voraussetzungen und Einschränkungen zu beachten. Zemp unterscheidet (1) Herkunft, (2) Geschlecht und (3)

¹ Die einzelnen Kategorien und speziell deren Beschreibung vermögen allerdings wenig zu überzeugen.

Einfluss von peer-groups und Massenmedien (Zemp 1976, 163–191).

(1) *Soziale Herkunft*: Die familiäre Situation wirkt sich insofern auf die Politische Bildung aus, als in der Familie grundlegende Einstellungen aufgebaut werden. So wirkt sich insbesondere das Interesse, das im Elternhaus an Politik gezeigt wird, auf das Interesse der Kinder an der Politik aus (ebd., 170). Dass dabei die soziale Schicht eine entscheidende Rolle spielt, verwundert nicht weiter. So lautet auch die Schlussfolgerung einer entsprechenden Untersuchung an der Gewerbeschule St. Gallen:

«... nicht in erster Linie schulinterne Faktoren, sondern vielmehr schulexterne Faktoren (beeinflussen) die politische Aufgeschlossenheit der Gewerbeschüler. Stärker als von Quantität und Qualität des Unterrichts ist die Bereitschaft der Schüler, am politischen Geschehen Anteil zu nehmen, immer noch von Momenten bestimmt, die ausserhalb der Schule wirksam sind, insbesondere von Einflüssen, die vom Elternhaus ausgehen und mit der sozialen Stellung des Vaters zusammenhängen.» (Hemmer 1972, zit. in Zemp 1976, 175).

Daneben beeinflusst auch der Wohnort die Interessen der Jugendlichen an politischen Fragen. So ergeben sich zweifellos in einer ländlichen und relativ abgeschlossenen Umgebung andere konkrete Probleme (welche ja einen Ansatzpunkt für Politische Bildung darstellen) als in städtischen Verhältnissen, wo häufig Probleme des Umweltschutzes, der Wohndichte, des Massenverkehrs aktuell sind.

(2) *Geschlecht*: Über die unterschiedliche Ansprechbarkeit von Knaben und Mädchen in politischen Fragen werden widersprüchliche Angaben gemacht (vgl. etwa Mickel 1974, 82–84). Es scheint aber einigermaßen gesichert zu sein, dass sich in der Gruppe der politisch interessierten Jugendlichen mehr Knaben als Mädchen befinden. Als Grund dafür können nicht angeborene Unterschiede angenommen werden, sondern die geschlechtsspezifische Sozialisation.

(3) *Einfluss von peer-groups und Massenmedien*: Mit zunehmendem Alter nimmt der Einfluss des Elternhauses zugunsten der Gruppe der Gleichaltrigen ab. Dabei wählt der Jugendliche eine Bezugsgruppe, deren Einstellungen und Interessen er im wesent-

lichen teilt. Verschiedene Untersuchungen zur Wirkung der Massenmedien lassen wenig präzise Schlüsse zu. Immerhin ist unbestritten, dass von den Massenmedien vielfältige Wirkungen auf die Jugendlichen ausgehen.

Eine weitere Einschränkung von Politischer Bildung und speziell von politischem Handeln betrifft die Gesellschaft allgemein: Wie weit lässt es das politische System überhaupt zu, dass sich Jugendliche an deren Veränderung beteiligen; haben Jugendliche überhaupt die Möglichkeit, sich politisch zu betätigen?

Schulische Massnahmen beeinflussen das politische Interesse weniger als ausser schulische Bedingungen (Elternhaus, soziale Schicht usw.).

4. Ziele und Inhalte der Politischen Bildung

Welche Ziele sollen nun aber mit Hilfe von Politischer Bildung angestrebt werden? Aufgrund unserer politischen Alltagserfahrung (vgl. die oben angeführten Begründungen) müssen wir fordern, dass Politische Bildung (a) einen Beitrag zur Meinungsbildung und damit zur Vorbereitung der Entscheidung leistet,

(b) mit aktuellen Konflikten und Problemen konfrontiert und

(c) motiviert, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Hier wird deutlich, dass die Ziele der Politischen Bildung über eigentliche Wissensziele hinausgehen sollten (vgl. dazu die Kritik an der reinen Institutionenkunde – Abschnitt 7). An dieser Stelle möchte ich aber deutlich betonen, dass Ziele normative Aussagen sind, die letztlich wissenschaftlich nicht begründet werden können. Es kann sich hier also lediglich um Vorschläge handeln, die akzeptiert oder zurückgewiesen werden können.

Im folgenden werden die Zielsetzungen, wie sie von einigen Autoren vorgeschlagen werden, kurz dargestellt.

Engeli fordert für die Politische Bildung die folgenden Ziele:

«1. die gesellschaftlichen Kräfte kennen;

2. Ideologien und Manipulationen durchschauen können;
3. zukunftsgerichtet denken können;
4. seine Interessen ins Spiel bringen können.» (1972, 22)

Der Vorschlag von *Rahmeyer* lautet:

- Einsicht in das Wesen des Politischen;
- Bejahung der Macht als Notwendigkeit des Zusammenlebens;
- Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit, im politischen Bereich moralisch verantwortungsvoll zu handeln;
- «Erahnern, Bewusstwerden, Erkennen und Verstehen» der Urphänomene Freiheit, Gleichheit (Gerechtigkeit), Recht, Ordnung, Frieden und deren Wirkungen. (1968, 21)

Bei *Giesecke* sind die Ziele der Politischen Bildung stark auf Handeln (Mitbestimmung, Mitmachen) ausgerichtet. Er fordert:

- Analyse aktueller Konflikte;
- Training systematischer gesamtgesellschaftlicher Vorstellungen;
- Historisches Bewusstsein;
- Training selbständiger Informationsvermittlung und Informationsverarbeitung;
- Training praktischer Handlungsformen. (1972, 139–159)

Schörken versucht, die gegenwärtigen Ansätze und Vorschläge zur Politischen Bildung in folgenden Zielen zusammenzufassen:

1. Analyse von Interessen;
2. Erwerb systematischer Denk- und Vorstellungszusammenhänge (zur Kenntnis und Wahrnehmung eigener Interessen);
3. Ermöglichung von Widerstand gegenüber Manipulation;
4. Kritik der Dominanz ökonomischer Zielsetzungen;
5. Entfaltung öffentlicher Neugierde und Weckung der Bewusstheit für politische Fragen;
6. Förderung «positiver Annäherungstendenzen» zu sich, zur eigenen Lerngruppe und zu Problemen der Gesellschaft;
7. Engagement und Praxis. (1974, 78–80)

Das wohl umfassendste Lernzielgebäude wird uns in den Richtlinien *für den politischen Unterricht* des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Es werden 10 Qualifikationen vorgeschlagen, denen jeweils eine ganze Reihe von Lernzielen auf einer rela-

tiv konkreten Ebene zugeordnet werden. Solche Qualifikationen sind beispielsweise:

1. «Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu überprüfen.» (Richtlinien NRW 1973, 10).

2. «Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflussnahme auf gesellschaftliche Vorgänge und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern» (ebd., 12).

3. «Fähigkeit und Bereitschaft, sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund hin zu durchschauen» (ebd., 13).

Aufgrund dieser Zielsetzungen ergibt sich für die Politische Bildung (immer verstanden als relativ eigenständiger Bildungsbereich) eine lange Liste von möglichen Themen/Inhalten des Unterrichts.

Im Grunde genommen sind also die *Unterrichtsthemen* bereits in den Zielsetzungen der Politischen Bildung enthalten: Sie kreisen um Macht und Herrschaft, um den demokratischen Staat und dessen Organisationen, und sie enthalten immer wieder aktuelle Konflikte, die sich für den einzelnen im Umgang mit Macht und Herrschaft und mit den Institutionen der Gesellschaft ergeben.

Für die erwähnten Richtlinien für den politischen Unterricht in Nordrhein-Westfalen werden als Beispiele der folgenden Lerninhalte zur Erreichung der Ziele vorgeschlagen:

Diesem Vorschlag liegt ein ausgeweitetes Verständnis von Politik zugrunde: Es umfasst sozialkundliche Themen allgemein, schliesst also auch den Bereich der direkten Erfahrung mit ein (Familie, Schule, Freizeit). Ein Themenkatalog (für die Klassen 9 und 10) findet sich in den «Richtlinien für den politischen Unterricht» des Landes NRW.

Diese Aufzählung von Zielen und Themen der Politischen Bildung könnte beliebig fortgesetzt werden (z. B. Grosser 1977). Die Unterschiede bei diesem Grad an Allgemeinheit sind jedoch meist gering.

Matrix zur Identifizierung von Lerninhalten *

(Schörken 1974, 234)

Handlungsintentionen	Situationsfelder					
	Schule	Familie	Freizeit	Beruf	Öffentlichkeit	Internat. Beziehungen
Interaktion	Lehrerrolle	Vater-, Mutterrolle	Bande, Sportclub	formelle, informelle Gruppe am Arbeitsplatz	Konflikt, Konsens	Konflikt, Koexistenz
Kommunikation	Unterrichtssprache	Sprachstil	Unterhaltung	Sprache und informelle Kommunikation am Arbeitsplatz	vermittelte Öffentlichkeit	Ideologie
Vorsorge	Chancenverteilung	Zukunftssicherung	Gesund-erhaltung	Sozialver-sicherung	Soziale Sicherheit	Friedens-sicherung
Konsum		privater Haushalt	Urlaub		Gemein-schaftsaufgaben	Welt-währung
Produktion	Soziali-sation	Soziali-sation	Freizeit-industrie		Staatliche Wirtschafts-politik	Welthandel
Mitbestim-mung	Wahl des Klassen-sprechers	Wer ent-scheidet in der Familie?	Fremdbe-stimmung in der Freizeit	Mitbestim-mung im Betrieb	Wahl, poli-tische Be-teiligung	Hegemonie, Bündnis
Ordnung, Organisation	Schule als Organi-sation	Ordnungs-strukturen in der Familie		Hierarchie, Teamarbeit u. a.	Rechtsstaat; parlamentarisches System	UN

* In die Matrix sind zur Veranschaulichung des Verfahrens einzelne Stichworte eingefügt. Die Stichworte sind aus einem Arbeitspapier des Jahres 1971 übernommen und stellen weder die einzige noch die jeweils beste Lösungsmöglichkeit dar. Ausserdem müsste im Grunde jedes Stichwort erläutert werden; darauf wird verzichtet, weil es an dieser Stelle nicht um den jeweiligen substantiellen Inhalt, sondern um das Verfahren geht.

Zusammenfassend:

1. Der Schüler soll politische Vorgänge, Prozesse, Zustände, Tatsachen usw. kennen, analysieren und bewerten lernen.
2. Der Schüler soll zu politischem Handeln angeregt werden.
3. Politisches Denken und Handeln passiert in zwei Bereichen:
 - a) im Bereich der direkten, unmittelbaren Erfahrungen: Schule, Familie,

Freizeit (Mikrobereich) und

- b) im Bereich der vermittelten, indirekten Erfahrungen: Öffentlichkeit, internationale Beziehungen (Makrobereich).
- Der Schüler soll politisches Denken und Handeln in beiden Bereichen üben.
4. Der Schüler soll Politische Bildung an aktuellen Konflikten und Begebenheiten erwerben.

5. Methoden in der Politischen Bildung

Nach neuem Verständnis ist Politische Bildung aber nicht lediglich Vermittlung von Wissen mit irgendwelchen Methoden. Dass nämlich auch mit der Wahl der Methode immer bestimmte Zielsetzungen angestrebt werden, muss gerade bei der Politischen Bildung deutlich festgehalten werden. So kann beispielsweise die Zielsetzung «Kooperationsfähigkeit» sicher nicht mit einem extremen Frontalunterricht erreicht werden. Als allgemeine Methodengrundlage kann eine *Demokratisierung des schulischen Interaktionsstils* gefordert werden (Zemp 1976, 254), da nur ein solches Lehrer-Schüler-Verhältnis mit emanzipatorischen Zielsetzungen der Politischen Bildung zu vereinbaren ist. Bezüglich der *Sozialformen* ist festzuhalten, dass der traditionelle Frontalunterricht vorsichtig anzuwenden ist (etwa zur gezielten Informationsvermittlung), dass sich daneben aber Partner- und Gruppenarbeit sowie besonders auch Rollenspiele und Streitgespräche (Debatten) für die Politische Bildung gut eignen, vermögen sie doch ein Stück der politischen Realität ins Klassenzimmer zu bringen.

Engeli schlägt für den Aufbau des politischen Unterrichts die folgenden Phasen vor: «1. Provokation: Sensibilisierung an einer aktuellen Kontroverse.

2. Information: Beschaffen und Verarbeiten von differenziertem Material.

3. Reflexion: Bewusstmachen von Interessen und Werten.

4. Diskussion: Prüfung des politischen Urteils in der Auseinandersetzung.

5. Aktion: Öffnen eines Handlungsraumes.» (1972, 36)

Einen ähnlichen – wenn auch differenzierteren, aber auch komplizierteren – Vorschlag macht Giesecke (1972, 182).

Als *spezielle Arbeitsweisen* im politischen Unterricht nennt Mickel u. a.: Projekte, Sozialerkundung (Erfassen der sozialen Umwelt), Sozialstudie, gesellschafts-politische Analyse einer Gemeinde, Planspiel, Simulationsspiel, politisch-gesellschaftliches Kolloquium (1974, 139–177).

Die Methoden und Arbeitsweisen des politischen Unterrichts sollen – den Zielen entsprechend – auf eine möglichst grosse Eigentätigkeit, Selbstständigkeit und Entscheidungsfähigkeit der Schüler abzielen.

6. Medien in der Politischen Bildung

Für den Lehrer ist bei der Vorbereitung des Unterrichts auch die Frage nach den Medien von grosser praktischer Bedeutung. Gerade wenn Politische Bildung nicht im Frontalunterricht betrieben werden soll, stellt sich dem Lehrer das Problem der Medienauswahl: Anhand welcher Materialien sollen die Schüler ein bestimmtes Problem bearbeiten? Wie kann ein Problem überhaupt dargestellt werden? Oft stehen leider nur wenig Unterrichtsmaterialien zur Verfügung und es besteht infolgedessen die Gefahr, dass die Zielsetzungen des Unterrichts nach den (zufällig) vorhandenen Medien ausgerichtet werden.

Im folgenden soll, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, auf einige *Arbeitsmaterialien* hingewiesen werden, die für schweizerische Verhältnisse entwickelt wurden. Man kann diese Unterlagen allerdings nicht einfach «durchnehmen» – der Lehrer kann sie nur als einzelne Elemente innerhalb eines Gesamtrahmens sinnvoll einsetzen, m. a. W. der Lehrer muss sich über die Ziele im klaren sein, zu deren Erreichung er das betr. Medium verwendet.

In der Reihe «Lebenskunde» des Artel-Verlags sind bisher vier Hefte (Textsammlungen) zu den Themen «Verantwortung», «Krieg», «Drogen», und «Arbeit» erschienen. Die meisten Texte eignen sich gut für eine kritische Behandlung dieser Themen im Sozialkunde- und Lebenskundeunterricht oder im Rahmen der Politischen Bildung. Für geschichtliche Aspekte der Politischen Bildung können auch einzelne Hefte der Reihe «Geschichte unserer Zeit» (gleicher Verlag) verwendet werden (z. B. «Die soziale Frage»; «Kolonialismus»). Je nach Zielsetzung und Thema bietet auch das Buch «Die Schweiz vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft» (Ex Libris) wertvolle Grundlagentexte für den Unterricht.

Zum organisatorischen Aufbau unseres Staates finden wir einige Werke, die sich allerdings vorwiegend auf eine beschreibende Darstellung unserer Institutionen beschränken (Gruner, Junker 1968; Tschäni 1969). Eine Problematisierung der Zielsetzungen für die Politische Bildung, wie sie in diesem Artikel formuliert wurden, müsste vom Lehrer selber geleistet werden.

Die hier erwähnten Unterlagen bleiben aber weitgehend auf Fragen der «grossen» nationalen und internationalen Politik (Makrobereich) beschränkt. Für Themen aus dem Mikrobereich (vgl. Abschnitt 4) muss man sich zum grössten Teil auf dem deutschen Buchmarkt umsehen. Als Beispiel sei hier auf die Schülerhefte «Die Familie», «Die Frau», «Die Schule», «Bedrohte Umwelt» (Beltz Verlag) verwiesen. Ähnliche Themen sind nun auch für die Schweiz geplant: Im Laufe des Jahres 1978 sollen im gleichen Verlag Schülerarbeitshefte zu den Bereichen Schule, Beruf, Familie und Politik erscheinen. Diese Reihe «Materialien zur Sozialkunde» wird durch einen Lehrerband mit ausführlichen methodischen und didaktischen Erläuterungen ergänzt; dieser enthält auch Vorschläge für die Behandlung weiterer Themen im Rahmen des Politikunterrichts.

Ebenso können einzelne Hefte des Jugendmagazins «Dialog» für den Politikunterricht Verwendung finden. Die letzten Hefte behandelten die Themen: Terrorismus, Energie, Bundesfinanzen, Familie und Wohngemeinschaften, Jura, Behinderte, Zusammenleben, Das Rote Kreuz.

Neben diesen schriftlichen Arbeitsmaterialien sollte aber gerade im Bereich der Politischen Bildung vermehrt das *Fernsehen* eingesetzt werden. Denn dieses Medium vermag wie kein anderes, die politische Realität (Makrobereich) ins Schulzimmer zu bringen. Politische Auseinandersetzungen, aber auch komplizierte Zusammenhänge können eindrücklich und anschaulich dargestellt werden. Dazu müssten aber politische Sendungen eigens für das Schulfernsehen hergestellt oder zumindest umgearbeitet werden. Auf einen weiteren Grund für den Einsatz von Fernsehsendungen (gerade im politischen Unterricht) weist Giesecke hin, wenn er betont, dass öffentliche Informationen ein notwendiges *Korrektiv* zum fachlichen Monopol des Lehrers darstellen und diesen auch zwin-

gen, seine eigenen Aussagen und Positionen zu reflektieren (Giesecke 1973, 167–168).

Bei der Verwendung von Fernsehsendungen im Unterricht ist unbedingt darauf zu achten, dass der Lehrer die Sendung vorher ansehen kann (Vorausstrahlung), dass *Begleitmaterial* für Schüler und Lehrer zur Verfügung steht und dass der Einsatz des Mediums im Unterricht selber problematisiert wird (z. B. manipulative Wirkung von Medien).

Dass viele Lehrer Fernsehsendungen im Bereich der Politischen Bildung wünschen, steht zumindest seit der Untersuchung «Fernsehen in den Schweizer Schulen» von Stammbach (1972) fest. Danach wünscht ein recht hoher Prozentsatz der *Oberstufenlehrer* Sendungen zu Bereichen, die etwas mit Politischer Bildung zu tun haben:

Geographie, Geologie	62 %
Biologie, Naturkunde	62 %
Berufskunde, Berufsberatung	61 %
Geschichte	60 %
Aktualitäten	58 %
Staats- und Wirtschaftskunde	56 %

(es folgen weiter in der Reihenfolge: kulturelle und musische Themen; Verkehrsunterricht; Fremdsprachen; technische Themen; Muttersprache; Physik; Chemie; Mathematik; Technisch-Zeichnen). (ebd., 64)

Bei *Lehrern an Mittelschulen* und Seminarien ergibt sich das folgende Bild:

Kulturelle und musische Themen	39 %
Aktualitäten	38 %
Fremdsprachen	35 %
Staats- und Wirtschaftskunde	26 %
Berufsberatung und -kunde, usw.	23 %

(ebd., 66)

Diese Zahlen belegen wohl deutlich genug, dass von seiten der Lehrerschaft ein *Bedürfnis nach Sendungen zur Politischen Bildung* besteht. Wie diese aber im einzelnen auszu- sehen hätten, ist damit natürlich noch nicht gesagt, und es kann nur vermutet werden, dass darüber recht unterschiedliche Vorstellungen herrschen.

- 1. Geeignete Arbeitsmaterialien sollen Lehrern und Schülern eine kritische Auseinandersetzung mit Themen der Politischen Bildung erleichtern.**
- 2. Das Fernsehen eignet sich besonders gut als Vermittlungsinstanz zwischen dem Schüler und politischen Vorgängen, die er nicht direkt und unmittelbar erleben kann.**
- 3. Von Seiten der Lehrer besteht ein ausgesprochenes Bedürfnis nach Fernsehsendungen zur Politischen Bildung.**

7. Die Situation der Politischen Bildung in der Schweiz

Über die Lage der Politischen Bildung in unseren Schulen liegt die Untersuchung von Engeli «Politische Bildung in der Schweiz» (1972) vor. Eine repräsentative Befragung von Lehrern brachte aufschlussreiche Befunde darüber, was im staatsbürgerlichen Unterricht unserer Schulen an Politischer Bildung vermittelt wird. Es wird wohl niemanden überraschen, dass vorwiegend *Institutionenlehre* betrieben wird, dass internationale Politik und gesellschaftspolitische Fragen dagegen kaum zum Zuge kommen. Engeli formuliert es wie folgt:

«Der heute in den Schweizer Schulen erteilte staatsbürgerliche Unterricht genügt in der Regel diesen aufgestellten Forderungen in keiner Weise. Der heranwachsende Bürger hat bis heute von den die Gesellschaft bestimmenden Kräften während der Schulzeit kaum etwas erfahren.» (ebd., 49).

Diese negative Beurteilung der Lage wird auch von anderen Betrachtern der Szene geteilt, so z. B. vom aargauischen Erziehungsdepartement:

«Der herkömmliche staatsbürgerliche Unterricht hat offensichtlich nicht vermocht, die Zusammenhänge (der modernen Industriegesellschaft) so weit aufzuhellen, dass der junge Staatsbürger sie ohne weiteres verfolgen könnte. Von den sie bestimmenden Kräften hat er während der Schulzeit kaum je etwas erfahren.» (Engeli 1972, 50–51)

Die gleiche Kritik wird bei jungen Bürgern (z. B. anlässlich der pädagogischen Rekrutenprüfungen) und bei Lehrern laut. Letztere fordern mehrheitlich eine bessere Aus- und

Weiterbildung der Lehrer, die auf die politische Praxis der Gegenwart bezogen sein müsse (ebd., 53). Die Untersuchungsergebnisse bestätigen die Meinung, dass in unseren Schulen fast ausschliesslich Institutionenkunde betrieben wird:

«Im Vordergrund steht auf allen Stufen die formal-politische Institutionenlehre. Gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevante Fragen der Gegenwart werden in der Regel nicht aufgegriffen. Auch die internationale Politik der Gegenwart wird in den Schulen nicht sehr häufig zur Sprache gebracht. Etwas besser bestellt ist es mit der Zeitgeschichte. (...) Für mehr als einen Viertel der Lehrer liegen soziologische und wirtschaftliche Probleme so sehr ausserhalb ihres Gesichtskreises, dass sie diese Aspekte überhaupt nie im Unterricht zur Sprache bringen.» (ebd., 54 und 61).

So erstaunt es denn auch nicht, dass der staatsbürgerliche Unterricht *wenig Aktualitätsbezug* aufweist, dass kaum Aktionen gestartet werden, dass selten Fachleute aus dem politischen Bereich ins Schulzimmer geholt werden und dass nur wenige Lehrer ihren Schülern ein wirkliches Mitspracherecht einräumen (ebd., 66).

Die Tendenz zur Institutionenkunde und das Vernachlässigen der sozialen Aspekte in der Politik erklärt sich nach Engeli (zumindest teilweise) aus einem Fehlen der sozialwissenschaftlichen Ausbildung und Denkweise der Lehrer. Als eine weitere Voraussetzung für einen anderen politischen Unterricht wären *bessere Lehrmittel sowie ein besserer Einsatz vorhandener Medien* zu erwähnen:

«*Schulfunk und Schulfernsehen*. Diese Medien spielen praktisch noch eine bedeutungslose Rolle im politischen Unterricht – obwohl hier sehr grosse Möglichkeiten für die Anschaulichkeit nutzbar zu machen wären. Drei Viertel der Mittelschullehrer, über die Hälfte der Berufsschullehrer und ein Viertel der Abschlussklassen- und Sekundarlehrer verwenden die angebotenen Sendungen überhaupt nie. Einen regelmässigen Gebrauch (über sechsmal) machen 25% der Abschlussklassenlehrer, 16 % der Sekundarlehrer, 8 % der Berufsschullehrer und 2 % der Mittelschullehrer, insgesamt 12 % aller befragten Lehrer.» (ebd., 116)

Das scheint mir ein deutlicher Auftrag zu sein: Einerseits muss wohl eine Qualitäts-

verbesserung vorgenommen werden, andererseits sollten die entsprechenden Sendungen sicher auch besser propagiert und mit entsprechenden Begleitunterlagen für Lehrer und Schüler versehen werden.

Die gleichen oder ähnliche Beobachtungen werden im übrigen auch im Ausland gemacht. Stellvertretend sei hier die folgende Aussage über den Politischen Unterricht festgehalten:

«Der bisherige politische Unterricht beschränkt sich nicht nur auf die Frage nach der politischen Willensbildung, sondern behandelt sie auch sehr unzureichend. Denn die institutionellen Grössen, mit denen dieser Unterricht rechnet, sind Regierung, Parlament und Parteien – schon die dritte Gewalt und die Verbände erscheinen als blosse Ornamente. Die zentrale Agentur politischen Handelns und Planens in unserer Gesellschaft, die Verwaltung, bleibt dagegen nahezu völlig unbekannt. (...) In vielen Bereichen (ziehen) Teile der Verwaltung immer stärker die politische Führung durch die Bestimmung von Handlungsaufgaben, die Artikulation von Alternativen und die Auswahl von Prioritäten an sich (und sind) keineswegs mehr auf die Ausführung von Entscheidungen des Parlaments und der Regierung beschränkt.» (Calliess u. a. 1974, 189). Obwohl die Untersuchungsdaten von Engeli schon 1970 erhoben wurden, wird sich bei uns kaum viel geändert haben. Um diese These zu überprüfen, möchte ich im folgenden einige *Lehrpläne* auf diese Frage hin untersuchen.

Der *zeitliche Anteil* der Politischen Bildung am gesamten Unterricht des 7. bis 9. Schuljahres ist anhand der Lehrpläne nicht auszumachen, da Politische Bildung (Staatskunde, Bürgerkunde usw.) in den meisten Kantonen zusammen mit anderen Fächern – vorwiegend mit Geschichte – aufgeführt wird. Wo Staatskunde auf der Sekundarstufe als eigenes Fach auftaucht, ist es mit einer verhältnismässig geringen Jahresstundenzahl versehen (Beispiele, jeweils 7. bis 9. Schuljahr):

FR	Orientierungsstufe	1 Jahresstunde während 2 Jahren
VD	Primarschule	1 Jahresstunde während 1 Jahr
NE	Primarschule	1 Jahresstunde während 3 Jahren

Solche Stundenzahlen vermögen wenig auszusagen, da sie kaum miteinander vergleichbar sind. Wenn wir die *inhaltlichen Aussagen der Lehrpläne* betrachten, so finden wir in den meisten von ihnen nur wenige Hinweise auf Politische Bildung. Vielerorts wird im Geschichtsunterricht der letzten Klasse der Lehrer aufgefordert, «Gegenwartsprobleme» zu behandeln (GL, AG) und Themen wie «Dritte Welt» (GL,VS), «Freiheit und Planung» (GL), «Massenmedien» (GL, AG, BS), «geistige und gesellschaftliche Wandlungen» (AG, BS), «Markt- und Planwirtschaft» (AG, BL) oder Staatskunde im Sinne von Institutionenlehre zu betreiben (VS).

Erst *bei neueren Lehrplänen* scheint sich eine Wende anzubahnen. So bringt etwa der Lehrplan für die *Sekundarschulen des Kantons St. Gallen* (Dezember 1975) einige wesentliche Änderungen. Innerhalb des Faches «Lebenskunde» sollen neben Medienerziehung, Berufs- und Wirtschaftslehre und Sexualerziehung jedes Jahr 10 Lektionen für Politische Bildung verwendet werden. Das ist zwar quantitativ sehr wenig, die Lektionen gehen aber qualitativ eindeutig über die viel geschmähte Institutionenkunde hinaus. So werden u. a. folgende *Richtziele* festgelegt:

«Der Schüler wird sich bewusst, dass aus der unterschiedlichen Interessenlage bestimmter Gruppen und sozialer Schichten Konflikte entstehen können.

Er setzt sich auseinander mit dem Problem der Macht, ihrem legitimen Anspruch und ihrem Missbrauch.

Er gelangt durch vielseitige Information und selbständiges Denken zur kritischen Beurteilung.

Seine Haltung ist zunehmend geprägt durch Zivilcourage und Rücksichtnahme, Durchschlagskraft und Kompromissbereitschaft. Er übt sich im Vertreten eigener Interessen und in partnerschaftlichem Verhalten.» (S. 4) Solchen Zielsetzungen entsprechend, werden im Stoffplan Beispiele für aktuelle Probleme und Konflikte zur Behandlung vorgeschlagen.

Abschliessend soll aber deutlich betont werden, dass es vereinzelt Lehrer gibt, die Staatskunde als Politische Bildung (wie sie hier verstanden wird) betreiben. Dass ein solcher Unterricht aber eher die Ausnahme sein dürfte, konnte auch bei der Betreuung

von Praktika angehender Sekundarlehrer festgestellt werden.

Der politische Unterricht an den meisten Schulen entspricht nicht den hier geforderten Grundsätzen.

Gründe:

Die fehlende Ausbildung der Lehrer sowie mangelhafte Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien.

8. Ausblick

Aufgrund der unbefriedigenden Situation der Politischen Bildung in der Schweiz und auf der Basis der vorangehenden theoretischen Überlegungen können die folgenden *Vorschläge* gemacht werden:

1. Es soll eine Konzeption für Politische Bildung auf der Sekundarstufe (7. bis 9. Schuljahr) erarbeitet werden. Auf dieser Grundlage sollte ein Rahmenlehrplan und ein darauf abgestimmtes Lehrmittel entwickelt werden.
2. Dabei sollte man Politische Bildung nicht einseitig als Kenntnis der demokratischen Einrichtungen betrachten, sondern von einem ausgeweiteten Verständnis von Politischer Bildung ausgehen (etwa in der Art, wie es in diesem Artikel skizziert wurde).
3. Viele Kantone können es sich aus personellen und finanziellen Gründen nicht mehr leisten, eigene Lehrpläne und Lehrmittel zu entwickeln. Diese Arbeit sollte deshalb von mehreren Kantonen gemeinsam in Angriff genommen werden und unter dem Patronat der Erziehungsdirektorenkonferenz (oder einer ihrer Regionalkonferenzen) stehen.
4. Lehrplan und Lehrmittel sollten so konzipiert sein, dass sie eine lebensnahe Vermittlung zwischen Politik und Schule gewährleisten bzw. ermöglichen (möglichst offene Unterrichtsplanung, bei der an Interessen

der Schüler angeknüpft werden kann, die aber auch Interessen zu wecken vermag).

5. Politische Bildung sollte einerseits die unmittelbare Erfahrung der Schüler betreffen, sie sollte andererseits aber auch die Brücke zur «grossen» nationalen und internationalen Politik schlagen. Dabei können die Massenmedien (insbesondere das Fernsehen) eine wertvolle Hilfe für den Unterricht darstellen.

Literatur

- Calliess E.: Sozialwissenschaft für die Schule. Stuttgart 1974.
- Die Schweiz vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft. Zürich 1975.
- Engeli A.: Politische Bildung in der Schweiz. Frauenfeld 1972.
- Freudenstein R.: Moderne Medien als Aufgabenbereich der Erziehungswissenschaft. In: Funk-Kolleg Erziehungswissenschaft. Band 2. Frankfurt 1970, 207–271.
- Giesecke H.: Didaktik der politischen Bildung. München 1972⁷.
- Methodik des politischen Unterrichts. München 1973.
- Grosser D.: Politische Bildung. München 1977.
- Gruner E., Junker B.: Bürger, Staat und Politik in der Schweiz. Basel 1972.
- Lehrplan für die Sekundarschule des Kantons St. Gallen. 1975.
- Mickel W. W.: Methodik des politischen Unterrichts. Frankfurt 1974.
- Rahmeyer R.: Politische Bildung durch Unterricht im 6. bis 10. (11.) Schuljahr. Hannover 1968.
- Rauh H.: Entwicklung des Denkens. In: Weinert F. E. u. a.: Funk-Kolleg Pädagogische Psychologie. Band 1: Frankfurt 1974, 211–249.
- Richtlinien für den politischen Unterricht (Nordrhein-Westfalen). Düsseldorf 1973.
- Schörken R. (Hrsg.): Curriculum «Politik». Opladen 1974.
- Stammach R.: Fernsehen in den Schweizer Schulen. Zürich und Aarau 1972.
- Tschäni H.: Profil der Schweiz. Zürich 1969³.
- Urban K. B.: Die Bedingungen politischen Lernens bei Schülern. München 1976.
- Zemp H.: Politische Sozialisation und politische Bildung in der Schule. Freiburg 1976 (Lizentiatsarbeit).